

Stellungnahme zur Anhörung im Landtag Nordrhein-Westfalen zum Antrag der Fraktion der SPD –

Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken

Kurzbiographie:

Zur Person: Jahrgang 1981

Studium: Magister Artium in den Fächern Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Kommunikationswissenschaft an der Universität Greifswald

Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Duisburg-Essen – Thema: „Determinanten politischen Verhaltens. (Un)konventionelle Partizipation und verhaltensprägende Einstellungen“

Berufserfahrung: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg-Essen am Institut für Politikwissenschaft (Professur für Vergleichende Politikwissenschaft und Professur für Europäische Integration und Europapolitik) mit umfassender Lehr- und Forschungserfahrung in den Bereichen individueller Bedeutung und Verständnisse der Demokratie, politischer Kultur- und Einstellungsforschung (insbesondere Populismus, Rassismus, Diskriminierung, Antiziganismus und politische Responsivität), der politische Wahl- und Partizipationsforschung und dem System der Bunderepublik Deutschland und der EU, Europäische Integrationsforschung

Mehrfache Leitung von Exkursionen zu EU-Institutionen in Brüssel mit Studierenden sowie Projektpartner im Projekt „Europabildung in Schulen“ zusammen EUROPE DIRECT Essen in Kooperation mit den Europaschulen der Stadt Essen

Stellungnahme:

Grundlegend ist der Antrag der SPD zur Stärkung der Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW sehr zu begrüßen. Dabei ist insbesondere die Breite des Antrags positiv hervorzuheben, der er neben der Stärkung der Selbstwirksamkeit der Wähler:innen durch eine breiter aufgestellte Europabildung auch die Verwaltungsstrukturen zur verbesserten Antragstellung befähigen möchte.

Gemäß meines beruflichen Hintergrunds möchte ich mich in meiner Stellungnahme insbesondere auf die Punkte 1. und 2. fokussieren. Nachfragen ihrerseits beantworte ich selbstredend in der Anhörung, gerne aber auch in einer ergänzenden Stellungnahme. Ich freue mich auf einen konstruktiven Austausch.

**FAKULTÄT
FÜR
GESELLSCHAFTS-
WISSENSCHAFTEN**

**INSTITUT FÜR POLI-
TIK-WISSENSCHAFT**

Dr. Toralf Stark

*Geschäftsführer der Fakultät
für Gesellschaftswissenschaft*

Tel.: 0203 / 379 - 1562
Fax.: 0203 / 379 - 1685

Toralf.Stark@uni-due.de

Raum: LF 338
Straße: Forsthausweg 2
Ort: 47057 Duisburg

Datum: 7. August 2023

Postanschriften / Kontakt
47048 Duisburg
Tel.: 0203 / 379 - 0
Fax: 0203 / 379 - 3333
Nachtbriefkasten: Gebäude LG

45117 Essen
Tel.: 0201 / 183 - 0
Fax: 0201 / 183 - 2151
Nachtbriefkasten: Gebäude T01

Bankverbindung
Konto 269 803
Sparkasse Essen
BLZ 360 501 05
IBAN: DE40 3605 0105 0000 269
803
SWIFT/BIC: SPESDE 3EXXX

Öffentliche Verkehrsmittel
Duisburg: Straßenbahn 901
Bus 924, 926, 933
Essen: U-Bahn 11, 17, 18
Straßenbahn 101, 103, 105, 106,
107, 109
Bus SB16, 145, 147, 154, 155,
166, 196

Stellungnahme zu Punkt 1:

Die Forderung nach der Ausarbeitung eines Konzept zur Festigung der gestiegenen Selbstwirksamkeit der Wähler:innen und Wähler für die EU-Wahlen 2024 bzw. der Mobilisierung der Nichtwähler:innen greift an dieser Stelle zu kurz. Die vorliegenden Erkenntnisse zur Wählermobilisierung sind umfassend. So sind Nichtwähler:innen zumeist politisch und wirtschaftlich depriviert und verfügen nur noch über eine sehr geringe Parteienidentifikation. Die Themen- und Kandidatenorientierung hat hingegen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Wähler:innen neigen verstärkt zur Wahl der politischen Parteien, die ihre Themenpräferenzen im Wahlkampf und ihren Wahlprogrammen aufgreifen. Darüber hinaus bedarf es einer Steigerung des Gefühls politischer Responsivität. Diese basiert maßgeblich auf politischem Wissen sowie der Wahrnehmung, dass politische Entscheidungen die Bedürfnisse und Forderungen der Wähler:innen adressieren. Zudem gilt es, das Vertrauen der Bürger:innen in die Notwendigkeit der zentralen politischen Institutionen und politischen Akteure wiederzugewinnen. Erzielt werden kann das beispielsweise durch eine verbesserte politische EU-Bildung sowie einer höheren Transparenz und umfassenderen Erklärung europapolitischer Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren. Die politischen Prozesse der Europäischen Union sind ausgesprochen komplex und ihre Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen umfassend. Daher braucht es eine klare pro-europäische Haltung aller politischen Akteure, die vor allem die zentrale Bedeutung der EU stärkt und die eigenen Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen transparent kommuniziert, ohne dabei die Probleme und Herausforderungen zu verschweigen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich die Parteien- und Politikerverdrossenheit zu einer ernstzunehmenden Demokratieverdrossenheit entwickelt.

Nicht außer Acht gelassen werden sollte auch, dass es sich bei der Europawahl noch immer um eine Second Order Election handelt. Bürger:innen nutzen EU-Wahlen in der Regel als Gelegenheit, ihre Meinung zu nationalen Themen und zur Leistung ihrer jeweiligen nationalen Regierung zu äußern. Sie können sie auch als Proteststimme gegen die regierende Regierung auf nationaler und/oder kommunaler Ebene nutzen. Infolgedessen ist die Wahlbeteiligung bei Wahlen zweiter Ordnung tendenziell niedriger, und kleinere Parteien und Oppositionsparteien können im Vergleich zu den Regierungsparteien relativ besser abschneiden. Auch hierfür gibt es eine Reihe von Vorschlägen, darauf angemessen zu reagieren, angefangen bei Wahlkämpfen mit Europathemen, der Stärkung Europäischer Parteien oder Zusammenlegung von Wahlterminen.

Zusammenfassend bedarf es also weniger eines Konzeptes, sondern konkreter Maßnahmen zur Stärkung der Bedeutung der EU bei den Wähler:innen im Allgemeinen und der direkten Ansprache von Nichtwähler:innen im Besonderen.

Stellungnahme zu Punkt 2:

Eine Stärkung der Europe Direct Zentren sowie die Ausweitung von Programmen für Schüler:innen ist dringend geboten. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag in der Wissensvermittlung zur EU und können folglich ein wichtiger Baustein in der Europabildung sein. Mit dem neu aufgelegten Programm „Europabildung in den Schulen“ gibt es hierfür bereits ein Pilotprojekt. Das Ziel des Projektes ist es europäische Inhalte und Bezüge verstärkt und fächerübergreifend in den Schulunterricht zu integrieren und dabei die Kernlehrpläne der jeweiligen Schule berücksichtigen. Durch Masterstudierende des Lehramtsstudiengangs Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen werden zusammen mit Lehrern der Essener Euroaschulen Unterrichtsvorhaben entwickelt, die später von Lehrkräften aller Schulformen abgerufen und (wahlweise) durch Studierende vermittelt werden können. Die möglichen Unterrichtsvorhaben umfassen dabei verschiedene Schulfächer (z.B. Politik, Geschichte oder Biologie) und sehen in der Regel zwei bis zehn Unterrichtseinheiten vor. Der Kreativität der Studierenden sind in der Erstellung des Unterrichtsvorhabens keine Grenzen gesetzt, so dass sie vielfältige Methoden, Materialien und Medien einsetzen können. Das EUROPE DIRECT Essen ermöglicht dafür den Zugang zu Materialien der Europäischen Kommission und übernimmt zusammen mit Dozent:innen des Lehrstuhls für Europäische Integration und Europapolitik der Universität Duisburg-Essen die Qualitätssicherung.

Derzeit befindet sich das Projekt leider noch immer in der Startphase, da Corona und andere Herausforderungen an der UDE die Akquise von studentischen Teilnehmer:innen sehr erschwert haben. Durch eine noch gezieltere Ansprache und einer nochmaligen Bewerbung des Projekts zum Start des Wintersemesters sind wir aber zuversichtlich, die notwendige Anzahl an Studierenden zu gewinnen.

Zu ergänzen ist, dass die Lehrkräfte dabei nicht aus ihrer Verantwortung für eine umfassenden Wissensvermittlung zur Europäischen Union genommen werden können. Aus meiner Erfahrung als Dozent an der Universität Duisburg-Essen ist leider zu konstatieren, dass genau diese in den letzten Jahren merklich schlechter geworden ist. Die Breite des Schulfaches Gesellschaftswissenschaft mit insgesamt sechs Inhaltsfeldern ermöglicht es scheinbar nur unzureichend, die Vielfalt und Bedeutung der Europäischen Union angemessen in den Unterricht einzubinden, auch wenn sie als eigenes Inhaltsfeld definiert wird. Vielmehr fehlt es den Studierenden bereits an den grundlegenden Kenntnissen über die EU-Institutionen und ihrer Funktionsweise. Daher möchte ich an dieser Stelle dafür werben, den Anteil der politischen Bildung im Fach Gesellschaftswissenschaft bzw. Wirtschaft/Politik wieder zu erhöhen, denn wie bereits unter Punkt 1 deutlich wurde, politische Wissen ist Grundvoraussetzung um als mündige/r Bürger:in in einer demokratischen Gesellschaft zu handeln.